

19. November 2003

P R E S S E R K L Ä E R U N G

Wiedererrichtung des Hinweisschildes zum Holocaust-Denkmal für Sinti und Roma

Protest gegen Verhinderung des Herzog-Zitats als Denkmals-Inschrift - Überlebende appellieren an Bundeskanzler Schröder

Heute kamen Überlebende des Holocaust, Überlebende von Auschwitz, Buchenwald und anderen Konzentrationslagern gemeinsam mit Vertretern der Landesverbände Deutscher Sinti und Roma zu diesem Ortstermin zusammen, um das Hinweisschild für das nationale Holocaust-Denkmal für die im nationalsozialistisch besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma wieder zu errichten, das von Rechtsradikalen beschädigt wurde.

Hier an dieser Stelle und in dem nachfolgenden Gespräch um 13.30 Uhr mit der Kultur-Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Christina Weiss, protestieren wir gegen ihr unakzeptables Ansinnen, jetzt mit Hilfe angeblich "anerkannter Historiker" das bekannte Herzog-Zitat als Inschrift auf dem Denkmal zu verhindern. Sie sagte mir am 13. des vergangenen Monats kurz, es gäbe "Widerstände gegen das Herzog-Zitat", und sie nannte dabei ausdrücklich Prof. Eberhard Jäckel.

Zur Verhinderung des Gedenkens für Sinti und Roma in Berlin schrieb Jäckel schon am 7. April 1989 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" unter der Überschrift "An alle und jeden erinnern?" den historischen Tatsachen zuwider, die "Vernichtungslager Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka dienten ausschließlich der Tötung von Juden", während in Wirklichkeit dort auch Sinti und Roma ermordet wurden, ebenso wie beispielsweise in der Schlucht von Babi Yar bei Kiew. Laut Jäckel mache die Ermordung "ungefährlicher" Kinder die "Einzigartigkeit" des jüdischen Schicksals aus. Das gilt aber genauso für die Sinti und Roma.

Die Staatsministerin richtete im Brief vom 29. Oktober 2003 an uns das absurde Verlangen, wir müssten uns mit angeblich "Betroffenen" einigen, die schon immer Gegner des Holocaust-Denkmal für Sinti und Roma beim Reichstag waren. Diese wollten statt dessen - wie der Historiker Jäckel - einen Gedenkstein in Hohenasperg bei Stuttgart oder - wie der Kölner Regionalverein "Sinti-Allianz" - ein "Zigeuner-Denkmal" hinter den Plattenbauten in Berlin-Marzahn, um sich beim damaligen Regierenden Bürgermeister Diepgen anzudienen. Nach 15 Jahren öffentlichen Auseinandersetzungen des Zentralrats um das Denkmal würdigt die Staatsministerin die Holocaust-Überlebenden herab und verlangt jetzt von Neuem, wie sie Ende Oktober schrieb, eine

"Namens- und Geschichtsdebatte". Eine Herabwürdigung ist auch ihre Drohung im Brief vom 24. Juli 2003 an den Zentralrat, das Denkmal werde nicht gebaut, wenn wir uns nicht mit "anderen Vereinigungen" der "Zigeunervölker" auf eine andere Inschrift und andere "Bezeichnung" des Denkmals einigten. Organisationen der Roma und Sinti in Ost- und Westeuropa haben sich gegenüber der Bundesregierung für die international von OSZE, EU, UNO usw. verwendete Bezeichnung "Sinti und Roma" und das Herzog-Zitat als Inschrift ausgesprochen.

Der frühere Staatsminister Nida-Rümelin schrieb dem Künstler Dani Karavan am 10. September 2002, er solle sein Denkmalsmodell mit dem Herzog-Zitat weiter entwickeln, damit es bald hätte öffentlich präsentiert werden können. Stattdessen möchten Staatsministerin Weiss und ihr Ministerialdirektor Knut Nevermann mit immer neuen Strategien den Baubeginn für das Denkmal weiter und weiter verzögern. Zuerst sagte Staatsministerin Weiss einen für den 23. Januar 2003 vereinbarten Termin mit uns in Heidelberg zur weiteren Vorbereitung kurzfristig ab und hatte dann erst am 2. Juni in Berlin Zeit. Dort erklärte sie mir zunächst, sie übernehme den von ihrem Amtsvorgänger, Julian Nida-Rümelin, am 12. Juli 2002 entschiedenen Stand, nämlich: Auf dem von dem Künstler Karavan konzipierten Denkmal soll das bekannte Herzog-Zitat als Inschrift in Deutsch, Englisch, Französisch und in unserer Minderheitensprache Romanes angebracht werden. Das widerrief die Staatsministerin anschließend in ihren Briefen an den Zentralrat.

Der frühere Bundespräsident, Prof. Roman Herzog, sagte am 16. März 1997: "Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflußbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet."

Mehr als 1500 Holocaust-Überlebende und weitere 210 prominente Persönlichkeiten, Wissenschaftler und Historiker forderten als Unterzeichner des Appells vom 2. August 2000 die Errichtung des Denkmals mit dem Herzog-Zitat als dessen Aussage. Im Gegensatz dazu möchte die Staatsministerin nun den von Jäckel und Gleichgesinnten vertretenen Ansichten zur Relativierung des Holocaust an den Sinti und Roma mit einem "Symposion" Gehör verschaffen. Damit muss sich die Bundesregierung die Verantwortung für die Aussagen derer zurechnen lassen, die mit Legenden die historischen Tatsachen ignorieren wollen. Genau gegen diese Legende wandte sich Bundespräsident Herzog in seiner Rede am 16. März 1997. Simon Wiesenthal, Paul Spiegel und alle wichtigen jüdischen Repräsentanten in Deutschland unterzeichneten den Appell mit dem Herzog-Zitat. Die Botschaft des Staates Israel schrieb am 6. Juli 2000 dem Zentralrat, Herzog habe mit seiner Aussage "die Bedeutung der Ermordung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten auf den Punkt" gebracht.

Es ist beschämend, dass der Ministerialdirektor von Kultur-Staatsministerin Weiss, Knut Nevermann, die Mithilfe der Bundesregierung bei der Wiedererrichtung unseres Hinweisschildes auf diesem Platz beim Reichstag ablehnte. Er bedauerte in seinem 3-Zeilen-Brief vom 26. August 2003 mit keiner Silbe die mehrfachen Beschädigungen durch Rechtsradikale an dem von uns im

Sommer 1999 erstmals errichteten Schild, das Ende Mai 2003 wegen der Zerstörungen behördlich entfernt wurde.

Wir appellieren heute an Bundeskanzler Gerhard Schröder, den bereits getroffenen Entscheidungen für die Errichtung des Denkmals mit dem Herzog-Zitat als Inschrift Geltung zu verschaffen und keine weiteren Verzögerungen des Baubeginns zuzulassen.

Romani Rose